

# Geringe Siedlungsdichte ist das größte Problem für die Ämterbildung

## Landratsamt informiert über Sinn und Zweck der Ämterneubildung

**Beeskow (MOZ)** Der Ämterneubildung im Kreis begegnen viele noch mit Mißtrauen und Skepsis. Aus diesem Grund will das Landratsamt nochmals Sinn und Zweck der Reform erklärt wissen: Die Einführung einer Ämterstruktur in Brandenburg betrifft in erster Linie die unterste kommunale Ebene und liege daher in der Hand der Städte und Gemeinden. Die in einem Amtsverband zusammengeschlossenen Gemeinden würden sich eine eigene Verwaltung schaffen, die die in ihren Gemeindevertretungen gefaßten Beschlüsse vorbereitet und anschließend verwaltungsmäßig umsetzt.

Das Ziel der Reform liege klar auf der Hand, so das Landratsamt: „Die größtenteils verwaltungsfachlich nicht vorgebildeten Bürgermeister sollen von Verwaltungsaufgaben entlastet werden, damit sie sich wieder ihrer eigentlichen Aufgabe, die Interessen der Bürger zu vertreten, widmen können“.

Die Bildung der Ämter sei im Prinzip die konsequente Weiterentwicklung der bereits 1991 gebildeten Verwaltungsgemeinschaften. Der Vorteil eines Amtes gegenüber einer Verwaltungsgemeinschaft, betont die Behörde, sei seine eigene Rechtspersönlichkeit. Das bedeute, das Amt kann Satzungen und Bescheide erlassen oder Verträge abschließen. Die Verwaltungsgemeinschaften hätten in der Vergangenheit oftmals Schwierigkeiten gehabt, gegenüber Behörden und Institutionen ihre Legitimation nachzuweisen.

Nach den Darlegungen des Landratsamtes zeichnet sich ge-

genwärtig eine Struktur ab, die das Kreisgebiet in sieben Ämter und die amtsfreie Stadt Beeskow untergliedert: Die Ämter Schlaubetal, Scharmützelsee und Lieberose sind kreisübergreifende Konstruktionen mit den jeweiligen Nachbarkreisen Eisenhüttenstadt, Fürstenwalde und Lübben. Die Ämter würden künftig kommunalaufsichtlich von den dortigen Landräten begleitet.

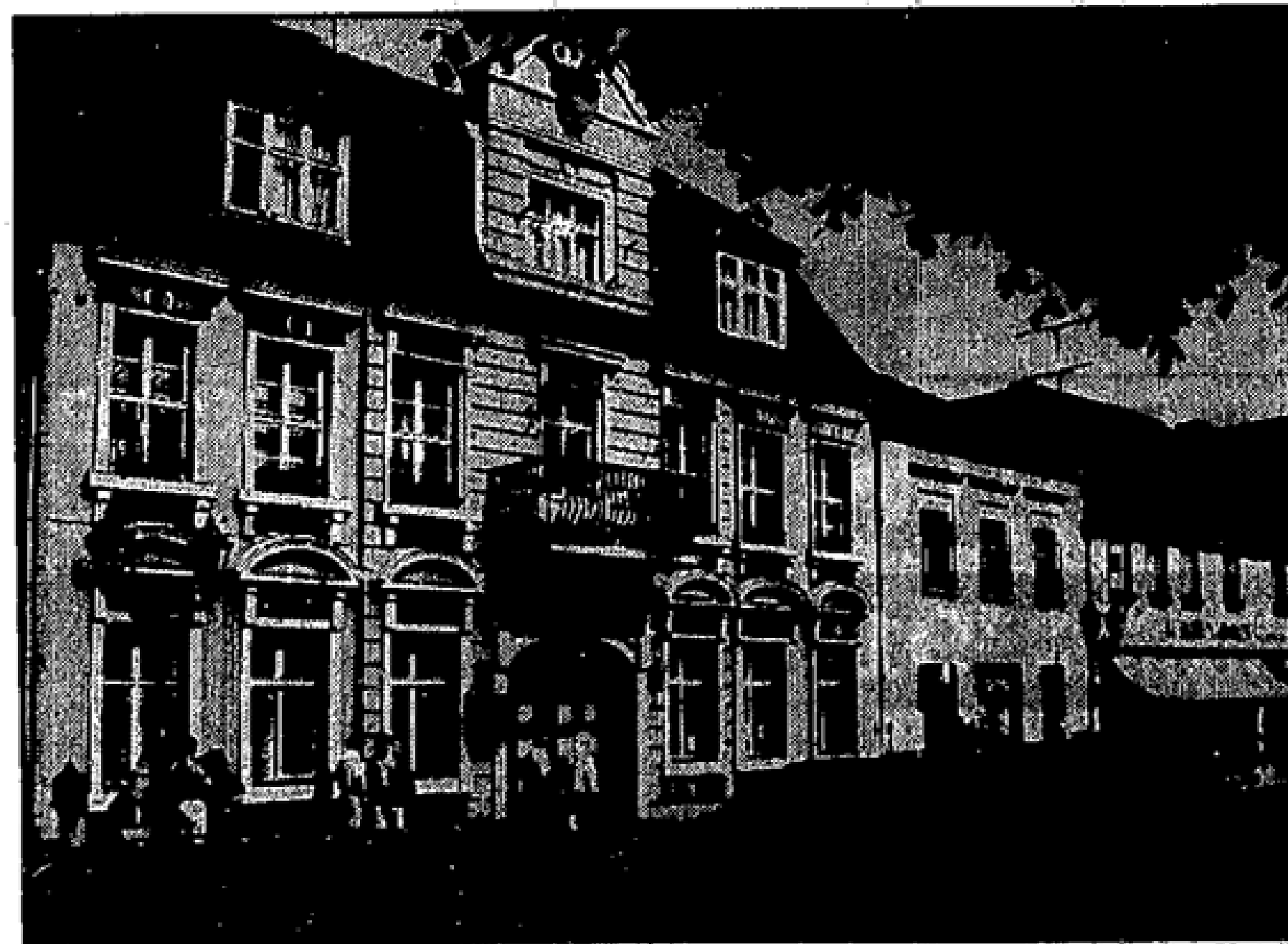
Als größtes Problem, das bewältigt werden mußte, bezeichnet das Landratsamt die geringe Siedlungsdichte insbesondere im südöstlichen Kreisgebiet, wo 18 Einwohner auf einen Quadratkilometer kommen und eine große Anzahl kleiner Gemeinden zu verwalten ist. Deshalb könne die Vorgabe von 5000 Einwohnern pro Amt nicht streng durchgehalten werden. „Dies gilt in erster Linie für die Ämter Lieberose und Friedland“. In dieser Frage habe es zahlreiche Unterredungen mit Vertretern des Innenministeriums und auch mit dem Innenminister selbst gegeben. Dabei habe sich die Kreisverwaltung dafür eingesetzt, auch künftig die Existenz der schon jetzt effektiv arbeitenden Verwaltungsgemeinschaft Friedland sicherzustellen. „Abgesehen davon würde die vom Ministerium angedeutete Zusammenkunft mit dem zu bildenden Amt Lieberose zu einem Amtsausschuß von über 60 Personen führen und damit die Grenze der Arbeitsfähigkeit überschreiten“, stellt die Behörde fest.

Einige Gemeinde hätten aufgrund ihrer engen Beziehung zu Beeskow den Entschluß gefaßt, einen Antrag auf Eingemeindung zu

stellen. Im Gegensatz zu einer Amtsgemeinde heiße das, daß die Interessenwahrnehmung sich künftig nicht mehr im eigenen Gemeinderat, sondern über die Mitwirkung in der Stadtverordnetenversammlung in Beeskow vollziehen wird. Eingemeindet werden wollen laut Landratsamt die Gemeinden Bornow, Kohlsdorf, Krügersdorf und Schneeberg. Allerdings werde die Eingemeindung erst mit der nächsten Kommunalwahl wirksam, um sicherzustellen, daß die Einwohner dieser Gemeinden weiterhin durch von ihnen gewählte Gemeinderäte vertreten werden. Birkholz will nicht nach

Beeskow eingemeindet werden, sondern habe schon frühzeitig beschlossen, dem Amt Rietz-Neuendorf/Glienicke beizutreten.

In einer Gesamtbetrachtung faßt das Landratsamt wertend zusammen: „Aus der Sicht der Kreisverwaltung tragen die beabsichtigten Ämterbildungen und Eingemeindungen den örtlichen Bindungen Rechnung und lassen nach ihrer Zusammensetzung bei den betreffenden Gemeinden erwarten, daß die Verbindung jeweils zu einer effektiven und wirtschaftlich arbeitenden Verwaltung führen werden“.



Keine großen Veränderungen wird es im Beeskower Rathaus geben. Die Stadt bleibt als einzige im Kreis amtsfrei. MOZ-Foto: Jur